Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 66 (1986)
Heft: 4

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kommentare

Asyltradition einst und jetzt

Zwischen offener Parteinahme und «kluger» Zurückhaltung

Wenn gesagt wird, dass die Asylpolitik als innenpolitisches Problem Nummer eins alle andern politischen Probleme derzeit verdränge, mag das als einseitige Wertung erscheinen. Doch es sind die Perspektiven einer neuen Völkerwanderung mit ihrer nicht absehbaren Durchmischung der vertrauten Umwelt mit fremd anmutenden und wohl auch fremd bleibenden Elementen, die beängstigend wirken. Gegen diese Angst vermag sich das Mitgefühl für den Mitmenschen in Not auf die Dauer nicht zu behaupten. Auch nicht in einem Land, das vom schönen Ruf zehrt, dass in ihm nicht nur – wie im «Ludwig-Bericht» über die Flüchtlingspolitik vor und während des Zweiten Weltkriegs gerühmt wird – wegen seiner geographischen Lage im Herzen Europas, sondern ebensosehr *«wegen seiner politischen, konfessionellen und kulturellen Vielgestalt seit Jahrhunderten religiös oder politisch Verfolgte mit Vorliebe Schutz vor den ihnen drohenden Gefahren gesucht haben»*.

Auch dieses traditionelle Asylland Schweiz ist heute mit einem Asylproblem konfrontiert, das die herkömmlichen Vorstellungen sprengt. Wobei die mit dem Willen, es inskünftig besser zu machen, aus dem «Ludwig-Bericht» über eine unglückliche Phase schweizerischer Flüchtlingspolitik gezogenen Lehren die Meisterung des Flüchtlingsproblems, wie es sich heute stellt, nicht unerheblich erschwert haben. Es haben sich nämlich – so Hans Zwicky in seinem Aufsatz «Asylpolitik als Dauerproblem» in dieser Zeitschrift (Juli/August 1985) – die Unzulänglichkeiten eines damals *«humanitär und rechtsstaatlich maximal ausgestalteten Prüfungs- und Beschwerdeverfahrens»* in einer ausserordentlichen Weltlage wie der heutigen als «nicht ausreichend praktikabel» erwiesen. Sie haben dazu geführt, dass auch nicht eigentlich Verfolgte, sondern eher wirtschaftlich motivierte Gesuchsteller bis zur Erledigung eines zu umständlichen Prozesses über Jahre hinweg bei uns sich aufhalten konnten und nun nicht mehr ohne Bedenken zurückgeschickt werden können. Diese Verfahrensschwäche, der nun allerdings mit einer neuen Gesetzesrevision abgeholfen werden soll, hat die Anziehungskraft unseres Landes offenbar noch erhöht.

Überforderung im Zweiten Weltkrieg

Doch drehen wir den Film von der heutigen Problematik, die im derzeitigen Stadium vordergründig ein Vollzugsproblem der Verwaltungsapparate von Bund und Kantonen ist, zurück.

Richten wir die Linse auf die schweizerische Asyltradition, die – entgegen dem hohen Ruf, den sie hat – immer wieder neben ihren Höhen auch Tiefen kannte. Denn seit der ursprünglich religiöse Charakter des Asyls als Heilige Stätte, die dem vor Blutrache Fliehenden oder dem flüchtigen Sklaven bedingungslosen Schutz bot, durch das völkerrechtliche Asyl abgelöst worden ist, ist aus der ehemals heiligen Pflicht ein Gegenstand zwischenstaatlicher Absprachen und machtpolitischen Tauziehens geworden (vgl. Jürg Frei über die Ursprünge der Asylpolitik).

Lassen wir aber diesen im Dunkel liegenden Wandel vom «Tempelasyl», später als «Kirchen- und Klosterasyl» immer wieder eine mysteriöse Bedeutung beanspruchenden Asylbegriff zum völkerrechtlichen Asyl beiseite und fassen die Periode schweizerischer Flüchtlingspolitik schärfer ins Bild, die nachträglich als die am schlechtesten bestandene Belastungsprobe kritisiert worden ist: Die durch die Ereignisse in Deutschland ab 1933 ausgelösten und mit den dortigen Judenverfolgungen kulminierenden Flüchtlingsprobleme. Sie sind in einem im Auftrag des Bundesrates vom liberalen ehemaligen Basler Justizdirektor Professor Dr. Carl Ludwig 1957 erstatteten Bericht dargestellt worden.

In diesem Bericht wird in Erinnerung gerufen, wie die Juden zum Verlassen Deutschlands bewogen wurden. Mit dem Anschluss Österreichs 1938 hat diese Flucht sehr grosse Ausmasse angenommen, wobei in einer ersten Phase der Flucht noch die Feststellung zu machen war, dass die Behörden der Emigrationsländer das Verlassen der angestammten Heimat systematisch gefördert haben.

Während des Krieges gesellten sich zu den jüdischen und den ebenso diskriminierten politischen Flüchtlingen, die nicht nur in Deutschland, sondern überall dort, wo die deutschen Truppen hinkamen, ihren Lebensraum verloren und sich immer verzweifelter an die Hoffnung Schweiz klammerten, andere Zivilflüchtlinge, die den Kriegsereignissen ausweichen wollten. Dazu kamen die Militärinternierten. Insgesamt hat unser Land während des Zweiten Weltkriegs 295 000 Schutzsuchende beherbergt, eine allerdings stark fluktuierende Zahl. Die grösste Zahl gleichzeitig gemeldeter «Emigranten» und fremder Militärpersonen wurde im Mai 1945 mit 115 000 erreicht.

Im nachhinein ist nun aber belastender als diese zeitweilig drückende Beherbergung und Versorgung der bezifferbaren Scharen, die vorübergehend bei uns Zuflucht gefunden haben, das Schicksal der ungezählten Menschen empfunden worden, die vergeblich an unsern Grenzen um Einlass ersucht hatten und mit der Zurückweisung neuen Verfolgungen – auch der Deportation in Vernichtungslager – ausgesetzt worden waren. Über die an der Grenze Zurückgewiesenen gibt es ebenfalls Ziffern, jedoch ist die Zahl derer unbekannt, die aus Furcht vor der Zurückweisung oder Ausschaffung gar nicht erst anzuklopfen gewagt haben.

Dominierender Eindruck der Flüchtlingspolitik der späten dreissiger und frühen vierziger Jahre bleibt ein beklemmendes Auf und Ab der behördlichen Massnahmen. Was denn auch der Kritik in Volk und Räten gerufen hat. Unsere Behörden standen indessen – auch das wird im Ludwig-Bericht

deutlich gemacht – in stetem Widerstreit zwischen ihrer als primär erachteten Aufgabe, die Interessen des eigenen Landes zu wahren, und dem historischen Auftrag, die schweizerische Asyltradition aufrechtzuerhalten. Dabei haben sich die Auffassungen von der «Tragfähigkeit» in bemerkenswerter Weise gewandelt. Auch, ja gerade im Volk, trafen doch die ersten Flüchtlingswellen nach der nationalsozialistischen Machtergreifung eine noch von der Weltwirtschaftskrise gezeichnete Mentalität an: Beschäftigungslosigkeit ist kein guter Boden für die Aufnahme Fremder. Und als während der Einschliessung unseres Landes durch die Kriegsparteien ungewiss war, wie lange die Zufuhren noch funktionieren würden, kam die zusätzliche Angst, es möchte der Brotkorb für so viele zusätzliche Mäuler bald einmal zu klein werden. Von seiten der Armee wurden zudem Bedenken wegen der Sicherheit angemeldet, wenn der Flüchtlingsstrom allzu ungehemmt strömen wollte.

Wiedergutmachung mit Fragezeichen

Die trotz der beachtlichen Leistungen unguten Erinnerungen an die Flüchtlingspolitik des Zweiten Weltkriegs haben nach der geforderten Rechenschaftsablage dazu geführt, dass nach einem weniger engherzigen Konzept der Asylgewährung gerufen wurde. Ein solches ist denn auch vorgelegt und in den Nachkriegsjahren gehandhabt worden. Vor allem den osteuropäischen Flüchtlingen, die nach den tragischen Ereignissen von 1956 in Ungarn und nach dem eingefrorenen «Prager Frühling» von 1968 ihre Heimat verlassen haben, wurden die Tore weit aufgetan. Mehr als 16 000 Ungarn und 14 000 Tschechen und Slowaken sind mit Sympathiekundgebungen aufgenommen worden. Und als nach nochmals einem Dutzend Jahren auch die Polen vergebens etwas mehr Freiheit verlangt hatten, sind auch noch zweitausend Verfolgte aus diesem Land durch den «Eisernen Vorhang» zu uns gekommen.

Von der gleichen Welle der Gunst haben schon zu Beginn der sechziger Jahre 1350 Tibeter profitiert, denen mit Konzessionen an die fremde Lebensart die Eingliederung in unsere ganz andere Welt erleichtert worden ist. – Offensichtlich weniger geglückt sind andere Experimente mit Flüchtlingsgruppen aus der Dritten Welt: Mit den von Idi Amin vertriebenen Ugandern indischer Herkunft, mit den Opfern der chilenischen Militärdiktatur, die nur mit Zögern ungefähr in der gleichen Stärke wie die Tibeter aufgenommen wurden und – die jüngsten Umtriebe rund um die Ausschaffung einiger tun es deutlich dar – heute umstrittener denn je erscheinen. Das gleiche Aufsehen wegen umstrittener Ausweisungsverfügungen und ihrer Durchsetzung erregten und erregen Flüchtlinge aus Eritrea und Zaire. Vor allem geht es heute um die immer grösseren Kontingente illegal eingereister und eingeschleuster Türken und Tamilen.

So ist es nach einer vom guten Willen, nie wieder Schuld gegenüber Verfolgten auf sich zu laden, getragenen Öffnung der Grenzen zu neuer Zurückhaltung gekommen. Der Streit zwischen «Idealisten», die gegen Restriktionen ankämpfen, und den Realisten, welche den «Knick» in der so schön ausgedachten besseren Flücht-

lingspolitik mit Vernunftgründen fordern, wird von den Grössenordnungen, die das weltweite Flüchtlingselend anzunehmen droht, überschattet. Insbesondere spielt die Angst mit, dass eine Aufnahmebereitschaft ohne Schranken unserm Land zum Ruf verhelfen könnte, ein «Einwanderungsparadies» zu sein, in dem sich der Flüchtling auf dem Umweg über das politische Asyl unmerklich in einen unwillkommenen Fremdarbeiter verwandelt.

In einem neuen, privater Initiative zu verdankenden Flüchtlingsbericht, der sich vom um Objektivität bemühten Ludwig-Bericht durch seine Engagiertheit unterscheidet, hat sich die welsche Sozialarbeiterin Marie-Claire Caloz-Tschopp mit diesen Ängsten kritisch auseinandergesetzt: «Flüchtlingspolitik am Ende?» – die unter diesem Titel veröffentliche Untersuchung will Mahnung sein, das Los einer Flüchtlingsgeneration, die sich von ihren politischen Vorgängern in mancher Hinsicht unterscheidet, ernstlich zu überdenken. Trotz einigen der Engagiertheit zuzuschreibenden Übertreibungen und Unrichtigkeiten ist nicht zu leugnen, dass die Abweisung von als fremdartig empfundenen Menschen das Gewissen weniger belastet als die Auseinandersetzung mit dem Schicksal von Leidensgefährten, die uns nach Herkunft und Lebensart näherstehen. Wenn aber Frau Caloz dem Schweizervolk und seinen Behörden unterschiebt, es sei die Welle des Mitgefühls mit den Ungarn und Tschechen dem Umstand zu verdanken gewesen, dass jene «gut ausgebildeten Flüchtlinge den Bedürfnissen der Hochkonjunktur entsprochen» hätten, geht sie entschieden zu weit. Ebenso ist die Interpretation zu einfach, dass Unterschiede in der Flüchtlingsbehandlung auf das Modell zurückzuführen wären: Verfolgte einer kommunistischen Gewaltherrschaft – ja; Flüchtlinge vor einer rechtslastigen Diktatur – nein! Die Autorin meint, diese Auslegung auf den Umstand abstützen zu können, dass von den nach 1975 aus Indochina geflohenen «Boat-People» 8500 Vietnamesen und Kambodschaner bereitwillig aufgenommen worden sind, während der von Linkskreisen hier gestarteten «Freiplatzaktion» für die Chilenen von den Behörden Schwierigkeiten gemacht wurden, indem ihren Schützlingen gegenüber das im neuen Asylgesetz verankerte Aufnahmekriterium «unerträglichen psychischen Drucks» nicht angewendet werden wollte.

Überzeugende Anfänge: die Glaubensflüchtlinge

Zurück zu den bessern Anfängen einer schweizerischen Asylgewährung! Neben spärlichen Andeutungen über schon im Mittelalter bekundete Hilfsbereitschaft, wie sie dem von Kaiser und Papst verfolgten Ketzer Arnold von Brescia in Zürich erwiesen worden sein soll, ist vom Beginn der Neuzeit ein Zwingli-Zitat überliefert, wonach *«alle, so in fernen Landen wider Billigkeit gedrängt wurden, Zuflucht zu den Eidgenossen nahmen und von ihnen errettet wurden . . .»*. Tatsächlich haben die politische Vielfalt mit den unterschiedlichen Glaubensbekenntnissen der Stände in der Reformationszeit (1519 Zwingli in Zürich, 1536 Calvin in Genf) und während der Gegenreformation unser Land zu einem «Asylland par excellence» gemacht. Damals war die erste grosse Bewährungsprobe zu

bestehen. Und sie ist bestanden worden.

Als erste Glaubensflüchtlinge trafen nach der Bartholomäusnacht im August 1572 hugenottische Flüchtlingsfamilien aus Frankreich in Genf ein. Während des Dreissigjährigen Kriegs boten die deutschschweizerischen Kantone – wie es heisst «ohne Ansehen der Konfession» – den vor den Kriegswirren Flüchtenden für kürzere Zeit einen sicheren Aufenthalt. Ein gewaltiger Zustrom von Glaubensflüchtlingen setzte nach der Aufhebung des Ediktes von Nantes, mit dem von 1598 bis 1685 die Ausübung des protestantischen Glaubens in unserem westlichen Nachbarland, wenn auch mit Einschränkungen, wenigstens geduldet worden war, im Oktober 1685 ein. – Zu den Hugenotten, die vornehmlich über Genf einströmten, kamen bald die Waldenser, die ihrerseits nach dem Wechsel des Savoyer Herzogs ins französische Lager die bis dahin geübte Toleranz in Glaubensangelegenheiten verloren und 1686 in Scharen aus dem Piemont auf eidgenössisches Gebiet übertraten. Wie es der Ludwig-Bericht als ein angesichts der damals viel geringeren Bevölkerungszahlen eindrückliches Gegenstück zur Belastung im Zweiten Weltkrieg hervorhebt, hielten sich in den beiden Jahrzehnten um die Wende vom 17. zum 18. Jahrhundert 20 000 Glaubensflüchtlinge in der Schweiz auf; die Zahl der Verfolgten, die von 1685 bis 1700 durch die Schweiz nach Deutschland, Holland und England gezogen sind, wird auf 140 000 geschätzt!

So bemerkenswert diese statistischen Angaben sind – noch mehr dürften im Hinblick auf die derzeitigen Probleme bei der Unterscheidung «echter» und «unechter» Flüchtlinge die bei allen zeitbedingten Unterschieden die Toleranz strapazierenden Schwierigkeiten interessieren, die schon vor dreihundert Jahren zu beobachten waren. Zu diesen verblüffenden Parallelen bieten die im Neujahrsblatt 1908 des Historischen Vereins des Kantons Bern von einem Pfarrer Bähler aus Thierachern im bernischen Gürbetal verfassten «Kulturbilder aus der Refugientenzeit (1685–1699)» eine lebensnahe Illustration.

Es können nur ganz wenige Beispiele aus der Fülle der Reminiszenzen herausgegriffen werden. So die vom Kleinen Rat in Bern angesichts der begrenzten Mittel erlassene Weisung, bei der Unterbringung einer Gruppe von Geistlichen mit ihren Familien einen Unterschied zu machen *«zwischen denen, welche – weil von der Amnestie ausgeschlossen – nicht mehr nach Frankreich zurückkehren durften, und den andern, welche ohne dringende Not ihr Vaterland verlassen hatten»*. Oder die Parallele zu den Schwierigkeiten der Aufteilung der Flüchtlingslasten. Es gab damals für die Belastung der verschiedenen Stände einen festen Schlüssel, der – bis später ebenfalls St. Gallen, Ausserrhoden, Glarus und die Stadt Biel beteiligt wurden – dem grossen Bern 50, Zürich 30, Basel 12 und Schaffhausen 8 Teile des für die Versorgung der «Exulanten» erbrachten Aufwandes auflud.

Schwierigkeiten ergaben sich aus der Konfrontation eines freieren Lebensstils mit den Bräuchen des sittenstrengen Bern. So waren am 10. Juli 1689, einem Sonntag, spazierende «Refugientinnen» auf öffentlicher Strasse beschimpft und des auffälligen Kopfputzes beraubt worden, worauf nicht

etwa der Strassenpöbel bestraft, sondern der direktoriale Befehl erlassen wurde, *«que les femmes et filles eussent à se defaire de leurs bonnets plicez . . . et de s'absenter de la promenade de la plateforme les dimanches et de marcher d'une manière honnète dans la ville»*. – Dies nur einer der so häufig auftretenden Zwischenfälle, dass zu deren Beilegung ein eigenes «Chorgericht» aus Refugientenkreisen selber rekrutiert wurde.

Nach der ersten Begeisterung, mit der die Glaubensgenossen trotz erheblicher Opfer aufgenommen worden waren – auf 10 000 Stadtberner entfiel im Jahr 1693 eine französische Kolonie von 1000 Seelen, deren ein Drittel materieller Unterstützung bedurfte –, nahm allgemach selbst im ausgesprochen flüchtlingsfreundlichen Bern, das weitere 5000 Flüchtlingen in der Landschaft, namentlich im Waadtland, unterbrachte, der Unwillen über die fremde Einquartierung überhand. So suchte man sich der Flüchtlinge durch Weiterschub zu entledigen. Ein Beschluss vom 17. Juli 1698 tut dar, dass es den in Baden versammelten Evangelischen Orten gelungen war, mit den Deutschen Ländern eine Vereinbarung über die Aufnahme der Flüchtlinge zu treffen. Die Refugienten sollten sich darnach *«rüsten, die Schweiz zu verlassen»*, die zu klein sei, ihre Menge «noch länger zu fassen».

Als dieser Beschluss bei den Betroffenen auf Widerstand stiess, wurde der Versuch unternommen, zwischen *«dem Lande nützlichen Elementen und solchen, die auf die Tasche drücken»*, zu unterscheiden. Bählers Kulturbildern ist ein Verzeichnis der zu Anfang des Jahres 1699 in der Stadt wohnenden Refugienten beigefügt mit der ausdrücklichen jeweiligen Bemerkung, welche als Handelsleute oder «Manufacturiers» noch weiter zu tolerieren seien und welche die Stadt zu verlassen hätten. So wird einem Pierre Teissier, «faiseur de bas» zugestanden, er sei *«mit seinem Weib und zwey Kindern noch ferners allhier zu tollerieren, so lang sie dem Stand ohne Beschwär sein werden»*. Ein Beispiel, wie man bei aller Menschenfreundlichkeit die wirtschaftlichen Vorzüge, welche die Flüchtlinge eben auch brachten, zu schätzen wusste. Tatsächlich haben viele von ihnen mit der Einführung bis dahin hier nicht bekannter Zweige von Handwerk und Gewerbe auf ihr Gastland befruchtend gewirkt. Ja selbst dort, wo – wie im hochgeachteten Kreis der Mediziner – die Einwanderer wegen ihrer bescheidenen Tarife als lästige Konkurrenz empfunden wurden, hat man sich der Erkenntnis nicht verschlossen, dass der Ärzteberuf qualitativ gehoben und überdies ein günstiger Einfluss auf das Geistesleben ausgeübt worden sei . . .

Das Abenteuer mit den Freiheitsbewegungen

Man würde der damaligen Problematik des Flüchtlingsproblems nicht gerecht, wenn nicht neben den rein menschlichen und den wirtschaftlichen Aspekten auch die aussenpolitische Belastungsprobe angedeutet würde, die damals zu bestehen war. Namentlich die Aktivitäten der Waldenser, die verschiedentlich von ihrem Asyl – zum Teil unterstützt von Komplizen aus dem Gastland – mit bewaffneten Freischarenzügen über den See in savoyisches Gebiet einfielen, haben das Asyl-

recht in einer Weise zu strapazieren vermocht, die heute grösste Verwunderung hervorruft.

Solche vom Ausland mit berechtigtem Misstrauen betrachtete politische Aspekte kennzeichnen nun aber recht eigentlich die nächsten grossen Flüchtlingswellen, die nach der Französischen Revolution und dann wieder im Zeitalter der «liberalen Revolutionen» um die Mitte des 19. Jahrhunderts das Land heimsuchten. Ganz kurz nur: In den Jahren 1793–1797 wurde von den damaligen Regierungen Frankreichs wiederholt der Vorwurf eines Missbrauchs des Asylrechts erhoben, während in der sogenannten Restaurationsperiode die Mächte der Heiligen Allianz die Schweiz als eigentlichen Hort des Umsturzes und der monarchiefeindlichen Bestrebungen bezeichneten. Ja, 1837 wäre es wegen der verweigerten Ausweisung des aus seiner Arenenberger Zeit mit dem Lande verwachsenen Louis Bonaparte, des späteren Napoleon III., sogar beinahe zu einem Krieg mit Frankreich gekommen. Der Beschluss der Tagsatzung, der mit einem Zusammenzug von 25 000 Mann an der Schweizer Grenze unterstrichenen französischen Drohgebärde ebenfalls mit Waffengewalt zu begegnen, vermochte das Unheil abzuwenden.

Die eigentliche Bewährungsprobe sollte aber erst noch folgen: Wie sich Edgar Bonjour in seiner «Geschichte der Schweiz im 19. und 20. Jahrhundert» darüber auslässt, hatte die Unterdrückung der Revolutionen im nachbarlichen Europa eine wahre Überschwemmung des Landes mit Flüchtlingen zur Folge, die im schweizerischen Asyl Rettung suchten. Als geschlagene Truppen, als politisch Verfolgte und Verbannte traten sie auf eidgenössisches Gebiet über: *«eine buntscheckige Schar politischer Glaubenshelden, die hier für eine bessere Zukunft stritten, und radikaler Dunkelmänner, die das neutrale Gastland als Agitationsboden missbrauchten»*.

Es fehlte diesen Bestrebungen nicht an Unterstützung durch schweizerische Linksradikale. Aufgabe der Eidgenössischen Zentralgewalt war es, dem Grundsatz der Nichteinmischung, den die Schweiz für sich gegenüber den Grossmächten in Anspruch nahm, auch bei den interventionsfreudigen eigenen Volksgenossen Nachachtung zu verschaffen und so den völkerrechtlichen Verpflichtungen zu genügen. Zuerst noch unter dem Regime des «Vororts», dann unter Führung des neuen Bundesrates galt es, Bedrohungen sowohl im Süden als auch im Norden zu wehren.

So wurde im Sommer 1848 die Südgrenze militärisch besetzt. Man wollte damit nicht nur dem Eindringen fremder Truppen zuvorkommen, sondern auch verhindern, dass den aufständischen Italienern Hilfe aus dem Tessin zuziehe. Dem mit den italienischen Einigungsbestrebungen sympathisierenden, kein Hehl aus der Abneigung gegen die österreichische Fremdherrschaft im Nachbarland machenden Staatsrat des Kantons Tessin traute man nicht genügend Unterscheidungsvermögen für das völkerrechtlich Zulässige zu, was im Tessin verärgerte. Tatsächlich hatte es Garibaldi trotz eidgenössischer Intervention fertiggebracht, sich nach einem geglückten Handstreich gegen die österreichischen Besetzer, der «auf dem Seeweg» ausgeführt worden war, sich unversehrt wieder auf dem Schweizer Ufer des Lan-

gensees in Sicherheit zu bringen. Bald darauf nahmen italienische Flüchtlinge mit Unterstützung tessinischer Freiwilliger an einem von Mazzini von Lugano aus angezettelten lombardischen Aufstand teil. Nach diesen krassen Neutralitätsverletzungen entsandte der Vorort einen eidgenössischen Flüchtlingskommissär in den Südkanton und liess die Flüchtlinge von der gefährlichen Grenze ins Innere des Landes verbringen.

Noch schwieriger gestaltete sich die Wahrung der Neutralität an der Nordgrenze. Hier hatte man es nach dem ersten Badischen Aufstand vom April 1848 an der nötigen Überwachung der Flüchtlinge sichtlich fehlen lassen. Unter der Hand war man ihnen sogar behilflich gewesen. Bezeichnend das damals in der Tagsatzung gefallene Wort, dass sich die Schweiz nicht zur «Krankenwärterin des absterbenden Absolutismus» erniedrigen dürfe. Die Unterdrückung der dritten und grössten Erhebung in Baden und in der bayrischen Rheinpfalz führte im Juli 1849 zu einer wahren Masseninvasion des jungen Bundesstaates. Über neuntausend flüchtige Soldaten kamen über die Grenze und mussten entwaffnet und interniert werden. Als es bei der von schweizerischem Gebiet umschlossenen Enklave Büsingen zu einer Grenzverletzung durch Reichsmilitär kam, bot der Bundesrat 25 000 Mann unter dem Oberbefehl von General Dufour auf. Eine Demonstration der Entschlossenheit, die nicht ohne Wirkung blieb: Unter Mitwirkung der mit den preussischen Aspirationen rivalisierenden andern Grossmächte, konnte zugleich die drohende Ausweitung dieses sogenannten «Büsinger Handels» zur vom Preussenkönig mit Nachdruck angestrebten Wiederherstellung seiner Hausmacht im ehemaligen Fürstentum Neuenburg abgewehrt werden.

Darf so die Festigkeit, mit der die Landesregierung die schweizerische Selbständigkeit nach aussen verteidigte, im ganzen als erfolgreich bezeichnet werden, erwies sich gleichzeitig die damit verbundene Asylpolitik mehr und mehr als schwere innenpolitische Belastung. Jürg Freis Darstellung der 48/49er-Ereignisse sind dazu Einzelheiten zu entnehmen, die Bonjours genereller Rekapitulation jener gefahrvollen Epoche angefügt seien:

So gross anfänglich die Wellen der Begeisterung den bei uns Schutz suchenden Revolutionären entgegengeschlagen hätten – als besonders bezeichnendes Beispiel für diese Begeisterung wird der geradezu triumphale Einzug einer Gruppe von 300 Hanauer Turnern geschildert, die von enthusiastischen Bernern mit Musik und Fahnen in die Stadt geleitet wurden – und so gewaltig die Empörung aufbrandete, als der Bundesrat zur Verhütung weiterer Verwicklungen die Unruhe stiftenden politischen und militärischen Flüchtlings-Chefs des Landes verwies, gleichgültig, ob sie schon Laut gegeben oder sich stillverhalten hatten, ja darüber hinaus die Internierung der weiter Geduldeten im Landesinnern sowie einen Einreisestopp gegen Neuzuzüger aus denselben Sicherheitsgründen verfügte –, kurz: so einseitig die Sympathien im Volk für die Flüchtlingssache zu sprechen schienen, so ernüchternd mutet es an, dass der Bundesrat, angesichts eines offenbar umschlagenden Stimmungsbarometers, sich zum Erlass einer Weisung veranlasst sah, welche die mangelnde Arbeitswilligkeit der fremden Gäste und deren Inanspruch-

nahme staatlicher Unterstützung kritisierte. Es müsste – so der Bundesrat an die Adresse der *«bramarbasierenden statt arbeitenden»* Asylanten – im Volke der ganzen Flüchtlingsangelegenheit gegenüber *«Unwillen erwecken oder ihn fördern, wenn so viele kräftige Ausländer von der öffentlichen Hand in den Mund lebten»*. Und noch deutlicher an die Kantone gerichtet, als die Angesprochenen von der angebotenen Rückkehrmöglichkeit keinen Gebrauch machen wollten: *«Den Zauderern unter den Flüchtlingen sollte vor Augen geführt werden, dass es weit ehrenhafter und von unschätzbarem Vorteil sei, zu Hause die Familie durch eine nützliche und einträgliche Beschäftigung zu unterstützen, als in der Schweiz müssig zu gehen oder gar den einheimischen Arbeitern Konkurrenz zu machen . . .»* Auch ein paar Wochen Gefangenschaft, die nicht ganz unbelastete Heimkehrer allenfalls auf sich zu nehmen hätten, anerkannte der Bundesrat nicht als Grund für längeres Verweilen.

Eine letzte Reminiszenz erinnert an die Geschichte mit den «Judenpässen» im Zweiten Weltkrieg: Als kantonale Beamte – in bester Absicht – damit begonnen hatten, sich darauf berufenden deutschen Arbeitern im «Wanderbuch» zu bestätigen, dass sie während ihres Schweizer Aufenthaltes keinem der als Hort der Aufrührerei verfemten Arbeitervereine angehört hatten, griff der Bundesrat sofort ein und ordnete am 25. April 1849 an, dass diese gedankenlose indirekte Denunziation (wer die Bestätigung nicht vorweisen konnte, wäre als Aufrührer verdächtig gewesen) zu unterbleiben habe und die Wanderbücher ohne jeden Kommentar zu visieren seien.

Bis an den Rand der Katastrophe im Landesstreik

Mit tunlicher Knappheit sei nun die Brücke geschlagen zwischen den am Anfang des Rückblicks in Erinnerung gerufenen umstrittenen Vorgängen während der Umschliessung des Landes durch gewalttätige Diktaturen und der grosszügigen Asylgewährung in den Zeiten der Glaubenskämpfe und der Ablösung der absolutistischen Regimes durch die liberalen Freiheitsbewegungen. Aus dem Zeitraum, der die sieben Jahrzehnte von der Mitte des letzten Jahrhunderts bis zum Ende des Ersten Weltkriegs umfasst, wären als vorab organisatorische Leistungen die Truppeninternierungen nach dem von Frankreich verlorenen 70/71er-Krieg (Übertritt der gegen unsere Grenze abgetriebenen Bourbaki-Armee mit 90 000 erschöpften Soldaten und ihren Pferden), sowie die Evakuierten- und Schwerverwundeten-Transporte der Kriegsparteien, die im 1914/18er-Krieg unter grosser Teilnahme der Bevölkerung durch unser Land gingen, hervorzuheben. Es waren Hunderttausende, die davon profitierten, und die Anzahl der während des Krieges hier Beherbergten belief sich nochmals auf 75 000, ohne dass sich daraus allerdings besondere Probleme ergeben hätten.

Ganz anders die Flüchtlingsscharen, die im Caloz-Tschopp-Bericht unter dem Sammelbegriff «linke» Flüchtlinge zusammengefasst werden. Es werden drei Kategorien solcher Flüchtlinge unterschieden: die verfolgten Pariser Kommunarden (1871), die deutschen Sozialdemokraten, die nach Erlass der Antisozialisten-Gesetze Bismarcks kamen (1878), und schliesslich

die über einen längeren Zeitraum bis zum Ausbruch der russischen Revolution im Lande weilenden Anarchisten, Nihilisten und anderen Linksextremen.

Zu den Kommunarden soviel: Nach der Niederschlagung des Aufstandes der Pariser Kommune zu Kriegsende 1871, welche in der sogenannten Blutwoche zwischen dem 22. und 27. Mai 20 000 Todesopfer gefordert hatte, versuchten die übrig gebliebenen Aufständigen sich ins Ausland abzusetzen. Die Versailler Regierung hinwiederum unternahm alles, das zu verhindern; sie setzte die Nachbarländer unter Druck, die Flüchtlinge auszuliefern. Gegen unser Land wurde ein wahres Kesseltreiben entfesselt, das indessen auf entschlossenen Widerstand stiess. Die Erste Internationale und die Arbeiterbewegung in den Städten Genf und Zürich, wo sich die Mehrheit der 800 Geflüchteten aufhielt, hatten die Öffentlichkeit erfolgreich mobilisiert. Der Bundesrat verschloss sich trotz der Bedenken, die ihn ob der Tätigkeit der «Geächteten» beschlichen, der Volksstimmung nicht und hielt die Tradition aufrecht, die Verfolgten aufzunehmen. Die Duldung ihrer politischen Aktivität wurde ihm allerdings dadurch leichter gemacht, als Frankreich damals von den Mächten isoliert war.

Zu einer heikleren Angelegenheit entwickelte sich die Aufnahme der deutschen Arbeiterführer, die nach Bismarcks Gewerkschaftsverbot von 1878 in Zürich untergeschlüpft waren. Am Winterthurer Kongress der Sozialdemokraten von 1880 wurden nämlich von der Schweiz aus Angriffe gegen Bismarck lanciert und in der deutschen Untergrundpresse verbreitet. Bismarck legte darauf der Zürcher Regierung strengstes Vorgehen gegen die Urheber der Angriffe nahe. Als die Regierung nichts unternahm und anderseits Umtriebe deutscher Polizeispitzel in der Schweiz bekannt wurden (Wohlgemuth-Handel), stiegen die Spannungen zwischen Bern und Berlin. Der Bundesrat betonte gegenüber dem von weiteren Staaten übernommenen Einwand, dass sich die Neutralität unseres Landes nicht mit Umtrieben vertrage, die den inneren Frieden anderer Länder stören könnten, die schweizerische Souveränität. Der damalige Aussenminister Numa Droz unterstrich, dass die Neutralität vor allem die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit des Landes beinhalte! Indessen entschloss man sich, um die mächtigen Nachbarn zu besänftigen, schliesslich doch, die Flüchtlinge strenger zu überwachen: 1889 wurde zu diesem Zweck die eidgenössische Fremdenpolizei geschaffen, welche die bislang von den Kantonen sehr unterschiedlich gehandhabte Aufgabe wirksamer erfüllen sollte.

Seit 1878 ist in den Geschäftsberichten des Bundesrates auch immer wieder von anarchistischen Gruppen die Rede, die von ihrem Schweizer Asyl aus eine rege Tätigkeit entfalteten. Es seien nur die Namen Bakunin, Kropotkin und Brousse in Erinnerung gerufen. Brousse wurde im genannten Jahr zu zwei Monaten Gefängnis und 10 Jahren Landesverweisung verurteilt, weil er in der ihm offenstehenden Zeitung den Tyrannenmord propagiert hatte. 1884 richtete der Bundesrat ein Rundschreiben an die Kantone, in dem mitgeteilt wurde, dass anarchistische Verbrechen inskünftig als gewöhnliche Verbrechen zu betrachten seien und Anarchisten nicht länger den Status

des politischen Flüchtlings beanspruchen könnten. Ab 1890 häuften sich die Ausweisungen, während bald darauf in der Wirrnis der Kriegsereignisse Schieber, Wucherer und Kriegsgewinnler aller Art sich ungestraft im Land breitmachen konnten. Eine angesichts der materiellen Not, die namentlich die schutzlosen Arbeiterfamilien heimsuchte, doppelt empfundene Ungerechtigkeit, gegen die sich denn auch die durch ausländische Revolutionäre geförderte Empörung im Landesstreik von 1918 Luft machte.

Dieser letzten, dramatischen Steigerung der Ereignisse, die unser Land an den Rand der Katastrophe gebracht hat, darf nochmals die lange geübte Toleranz gegenübergehalten werden, mit der in unserm Land Schutzsuchende rechnen konnten, selbst wenn sie unserer bürgerlichen Gesellschaft bedenklich vorkommen mussten. «*Vor und während dem Krieg lebten in der Schweiz die späteren Führer der russischen Revolution: Lenin, Trotzki, Radek. Da diese unheimlichen Emigranten eifrig arbeiteten und in der so ganz andern westeuropäisch-kleinbürgerlichen Umgebung unter sich blieben, störte ihr sozialer Fanatismus niemanden . . .*» (aus Edgar Bonjour).

Heute haben wir mit Flüchtlingen, die aus einer ganz andern Welt kommen, schwieriger zu lösende Probleme.

Arnold Fisch

Literaturhinweise

Die Flüchtlingspolitik der Schweiz seit 1933 bis zur Gegenwart (Ludwig-Bericht), 1957.

Die Schweizerische Flüchtlingspolitik nach den Revolutionen von 1848 und 1849, Jürg Frei, 1977.

Flüchtlingspolitik am Ende? – Von den politischen Flüchtlingen zu den «neuen Flüchtlingen», Marie-Claire Caloz-Tschopp, 1982.

Kulturbilder aus der Refugientenzeit in Bern (1685–1699), E. Bähler in Neujahrsblatt 1908 des Historischen Vereins des Kantons Bern.

Edgar Bonjour: Sechstes Buch der «Geschichte der Schweiz» (19. und 20. Jahrhundert).

Brief aus Bonn

Normalitätseuphorie

In den 40 Jahren, die seit Kriegsende vergangen sind, war es stets leicht, Zustand und Stimmungslage der Bundesrepublik Deutschland zu etikettieren und zu periodisieren, gleich ob nach Personen (Ära Adenauer, Grosse Koalition Kiesinger–Brandt, sozialliberale Koalition Brandt–Schmidt), nach politischen Inhalten (Westbindung, Ostpolitik) oder nach der Selbstdeutung («Noch einmal davongekommen», «Wir Wirtschaftswunderkin-

der», «Wir sind wieder wer», «Wirtschaftlicher Riese, politischer Zwerg») gefragt wurde.

In dem Augenblick, wo wir in die zweite Hälfte dieses Jahrzehnts eintreten, fällt es schwer, den Zustand des Landes angemessen zu charakterisieren. Kein herausragendes Ereignis, keine Persönlichkeit von zwingendem Rang, zumindest mit Ecken und Kanten, kein alle bewegendes Problem bestimmt die Zeit. Nicht einmal tiefgreifende Krisen sind zu registrieren, alles geht nach Erwartung. Normalität herrscht auf der Szene. Man ist an Brechts Satz erinnert: «Glücklich das Land, das keine Helden braucht», keine grossen Männer, würden wir heute sagen. Aber glücklich sind die Deutschen der Bundesrepublik nicht, eher misslaunig, obwohl es ihnen gut geht. Normalität und Prosperität sind kein Stoff, aus dem man motivierende und begeisternde Ideale schafft.

Am auffälligsten ist der Vergleich zum Jahr 1983. Nach der Exaltiertheit und Erregung der Anti-Stationierungskampagne herrschen wieder Friede und Ruhe. Das Land ist zur Normalität zurückgekehrt – und in diesem Zusammenhang ist das Wort im positiven Sinne zu verstehen.

Bundeskanzler Kohl ist es gelungen, grosse Politik zumindest ex negativo zu führen, was in der deutschen Öffentlichkeit weder erkannt noch genügend anerkannt worden ist. Im Zusammenhang mit dem Doppelbeschluss hat sich Gromyko, nach allem was mittlerweile bekannt geworden ist, gegenüber dem Politbüro dafür verbürgt, dass die Aufstellung der Pershing II von der Friedensbewegung verhindert werden könne, falls die Sowjetunion bei ihrer harten Linie bleibe. Der erfahrene sowjetische Aussenminister glaubte tatsächlich, dass die Bundesregierung schliesslich gegenüber dem doppelten Angriff der Strasse und der ultimativen Gesten Moskaus kapitulieren würde. Und er hat im Vertrauen darauf die sowjetische Delegation bei den Genfer Mittelstreckengesprächen angewiesen, die Verhandlungen zu Beginn der Stationierung abzubrechen. Kohl, auf der gleichen Linie wie sein Vorgänger operierend, hat sich in staatsmännischer Gelassenheit dem populären Strassenzirkus nicht gebeugt und seine entschlossen atlantische Politik konsequent weitergeführt. Das hat sich in doppeltem Sinne ausgezahlt. Erstens hat sich Gromyko genötigt gesehen, ohne Bedingungen nach Genf zurückzukehren. Und er ist schliesslich, gewiss nicht ohne Zusammenhang mit dieser Fehleinschätzung der deutschen Ereignisse, von dem neuen Generalsekretär in hohen Ehren kaltgestellt worden. Zweitens kehrten die deutschen Friedenskämpfer, die die Öffentlichkeit glauben machen wollten, mit der Pershing II tauchten die apokalyptischen Atomreiter an der nächsten Horizont-Ecke auf, an ihre Arbeitsplätze und in die Normalität zurück. Die ganze Aufgeregtheit, zu der die Deutschen gemeinhin neigen, ist mittlerweile wie weggeblasen. Die Jugend, insbesondere die akademische, ist – für manche: zu – fleissig, anpassungswillig, berufsbezogen, weitgehend unpolitisch. Auf den Schulen werden wieder Klassiker gelesen und Gedichte auswendig gelernt. Die meisten blicken, Umfrageergebnissen zufolge, zuversichtlich in die Zukunft und finden in Familie und berufli-

chem Aufstieg und Erfolg hinreichende Lebensmotivation. Die «no future»- und «Nullbock»-Haltung ist überwunden, man ist wieder positiv und lebensmutig – was Kohl nicht müde wird, als Erfolg seiner Politik zu verkünden.

Normal ist auch die internationale Stellung der Bundesrepublik, der – inmitten ebenfalls normaler Ärgernisse und Enttäuschungen – allenthalben bescheinigt wird, dass sie ein zuverlässiger Bündnispartner sei. Vorbei sind freilich die (fünfziger) Jahre, da sich die verunsicherten Deutschen als Mustereuropäer und Modellatlantiker vorkamen und präsentierten. Heute hat das nationalstaatliche Interesse (wie bei den anderen Partnerländern auch) Priorität. Aus der übernationalen ist die intergouvernementale Politik der EG geworden; und in der Nato tun sich die Amerikaner seit Jahren schwer, die US-Politik als die für die Allianz förderliche durchzusetzen. Das Selbstbewusstsein der kleineren Partner ist gewachsen, nicht zuletzt das der Deutschen. Lange Jahre hatten ihnen insbesondere die Engländer ihre übergrosse vergangenheitsbedingte Zurückhaltung vorgeworfen und empfohlen, die Bundesregierung müsste endlich eine ihrer Stärke angemessene Verantwortung bei der Führung der internationalen Geschäfte übernehmen. Jetzt tritt Bonn tatsächlich selbstbewusst und auch fordernd auf.

Im Ausland wird das sorgfältig beobachtet. Gelegentlich springt altes Misstrauen empor, vor allem bei den östlichen Nachbarstaaten, aber auch in Frankreich, das sich dabei in der ambivalenten Lage befindet, sich Deutschland gleichzeitig stark, aber nicht allzu stark zu wünschen, als selbstbewussten, aber nicht gar zu selbstbewussten Partner. Besondere Aufmerksamkeit weckt dabei das Verhältnis zur DDR.

Blick auf den anderen Staat

Unübersehbar ist in den letzten Jahren ein wachsendes, allerdings unpolitisches Interesse der Westdeutschen am anderen deutschen Staat. Vor einigen Jahren artikulierte sich als Folge der stagnierenden Ostpolitik ein neutralistisch getönter Nationalismus von links. Peter Brandt, der Sohn des SPD-Vorsitzenden, Herbert Amon und andere wollten die nationale Frage, die traditionsgemäss bei den Konservativen angesiedelt ist, für die Linke mit Beschlag belegen. Aber es blieb bei Ansätzen, die weder intellektuelle noch politische Weiterungen nach sich zogen. Heute nimmt das erwachte Interesse an der DDR eher folkloristische Züge an. Viele junge Menschen reisen «nach drüben» und unterhalten Freundschaften insbesondere über die Sektorengrenze nach Ostberlin. Von diesen zugleich heimatlich und exotisch gestimmten Reisen, die an die Stelle der üblichen Urlaubs-Auslandsreisen treten, kehren die einen begeistert zurück – angetan von der Natur- und Kulturlandschaft, vom Naumburger Dom und den Schlössern zu Pillnitz und Moritzburg, von der Sächsischen Schweiz und der Bastei, und hauptsächlich von der Ruhe und Gemütlichkeit der Lebensweise, die gleichsam einen lebendigen Blick in die Vergangenheit zu werfen erlaubt; andere sind enttäuscht

bis entsetzt; das sind jene, für die der westliche Komfort vorrangige Bedeutung hat und die sich zuerst aus ideologischer Voreingenommenheit den Abstand zwischen westlichem und östlichem Lebensstandard nicht vorstellen konnten. Andere wiederum befriedigen schlicht ihre Neugier, ohne sich weiter zu engagieren. Nationale Forderungen werden von keiner der genannten Gruppen erhoben, weder im Sinne der Wiedervereinigung noch einer aktiven Pflege der Zugehörigkeit.

Vor einem Vierteljahrhundert, als schon einmal ein wachsendes Interesse an der DDR die besorgte Frage «Erwachen die Deutschen schon wieder?» bewirkte, war die Anteilnahme erheblich intensiver. Damals setzten sich Intellektuelle, Politiker und junge Menschen für die «Österreich-Lösung» ein. Man wollte die DDR auch damals nicht mehr anschliessen, weil das als unrealistisch erkannt war, aber viele fühlten sich doch für die Deutschen der DDR insofern verantwortlich, als ihnen wenigstens Freizügigkeit gewährt werden sollte. Von solchem Verlangen ist heute wenig zu spüren. Die Westdeutschen interessieren sich, fahren hin, sind betroffen oder nicht, aber erheben keine Forderungen, überlassen die Bewohner dieses Staates sich selbst. Über die nationale – kulturnationale – Identität wird viel gesprochen und geschrieben, vor allem aus Anlass der grossen Jubiläumsveranstaltungen (Preussen, Luther, Bach, Goethe). Geschichte ist wieder modern, also nimmt man die grossen Zeiten der Vergangenheit wahr, bezieht sie in das Leben der Nation ein. Aber daraus erwächst weder eine geistige noch eine politische Dynamik. Auch in dieser Beziehung normalisieren sich die Verhältnisse.

Das gilt auch für die im engeren Sinne sogenannte Deutschlandpolitik. Gegen die Befürchtungen der Opposition brachte die «Wende» keine «Eiszeit», ja nicht einmal eine Abkühlung des Verhältnisses der beiden deutschen Staaten. Im Gegenteil, die von Bundeskanzler Schmidt am Ferbelliner See geknüpften Fäden wurden von der Regierung Kohl kontinuierlich weiter gesponnen. Die insgesamt sehr langwierigen und eher zähen Bemühungen um menschliche Erleichterungen waren nicht ohne Erfolg, insbesondere im Jahre 1984, wo allein in der ersten Jahreshälfte über 30 000 Deutsche nach der Bundesrepublik übersiedeln durften. Die Selbstschussanlagen wurden – nach einem Milliardenkredit – abgebaut, der Zwangsumtausch blieb zwar bestehen, hauptsächlich wohl, um die Zahl der Ostreisenden und damit der direkten Kontakte einzuschränken; aber Kinder und Rentner wurden wenigstens günstiger gestellt. Ein Kulturvertrag wurde bis zur Unterschriftsreife ausgehandelt. Dass der geplante Besuch des Staatsratsvorsitzenden in der Bundesrepublik schliesslich doch verschoben werden musste, war eher ein Beweis für eine zu enge Verständigung zwischen Bonn und Ostberlin. Moskau hielt ein Treffen Honecker–Kohl zur Zeit der Stationierung für inopportun; es musste unterbleiben. Die Deutschlandpolitik aber wird beiderseits mit dem (ausgesprochenen oder stillschweigenden) Ziel der Förderung der Entspannung und der Annäherung der beiden Grossen geführt, wobei beide deutsche Staaten auf «ihre»

Vormacht entsprechenden Einfluss nehmen sollen. Bundeskanzler Kohl rechnet sich an dem Zustandekommen des Reagan–Gorbatschow-Gipfels in Genf ein eigenes Verdienst zu.

Trumpfkarte Wirtschaft

Mag diese Einschätzung des deutschen und eigenen Einflusses mit Fug bezweifelbar sein, keinen Zweifel lässt die Deutung zu, dass die wirtschaftlichen Daten der Regierung Kohl grösstes Atout sind. Die seriöse Finanz- und Haushaltspolitik ist das Aktionsfeld, an dem die Wende sich am sichtbarsten ausdrückt. Der anhaltende Konjunkturaufschwung (Wirtschaftswachstum 1985 2,5 Prozent) bestimmt das optimistische Klima, insbesondere da die Fachleute eine ungebrochene Fortsetzung der günstigen Entwicklung für 1986 voraussagen, deren Hauptantriebskraft weiterhin der Aussenhandel ist (Ausfuhrüberschuss 1985: 72,3 Milliarden DM). Für das laufende Jahr wird darüber hinaus eine Belebung der Inlandsnachfrage erwartet. Trotz eines Anstieges des Bruttosozialprodukts hat sich die Kaufkraft der Bundesbürger nicht erhöht, sondern sogar – nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben und nach Anrechnung der verteuerten Lebenshaltungskosten – leicht vermindert (minus 0,5 Prozent). Die Geldwertstabilität rechnet sich die Regierung als einen ihrer wichtigsten Erfolge zu; die Preissteigerungsrate von 2,2 Prozent gehört zu den niedrigsten der westlichen Welt. Als wichtigste Zukunftsmassnahme bezeichnet Finanzminister Stoltenberg die Ermöglichung weiterer Steuersenkungen, von denen er eine weitere Belebung der wirtschaftlichen Tätigkeit und damit Schaffung neuer Arbeitsplätze erhofft. 1985 sind 300 000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Die Zahl der Arbeitslosen ist freilich – als Folge der auf den Arbeitsmarkt drängenden starken Jahrgänge – um 38 000 auf 2,3 Mililonen leicht gestiegen. 1986, so hofft man, werden weitere 300 000 bis 350 000 neue Stellen geschaffen. Gelingt das, sagte kürzlich ein Spitzenpolitiker, könnte also die Bevölkerung auch in dieser Beziehung an den Aufstieg glauben, so seien die Wahlen für die Koalition nicht mehr zu verlieren.

Die hohe Arbeitslosigkeit bildet den Hauptpunkt der Kritik der Opposition, die Arbeitsbeschaffungsmassnahmen fordert, und das Hauptziel der sozialpolitischen Anstrengungen der Regierung, die freilich Staatsinvestitionen und Subventionen ablehnt und auf Wirtschaftswachstum setzt, das sie umgekehrt durch Abbau von bürokratischen und sonstigen Hemmnissen erwartet. Dass die Arbeitslosigkeit die Stimmung der Bevölkerung nicht in dem zu befürchtenden Masse drückt und der Bundesregierung nicht so sehr angelastet wird, dass ihre Chancen ernstlich beeinträchtigt würden, ist psychologisch einerseits durch die verhältnismässig günstige soziale Sicherung zu erklären, andererseits dadurch, dass gerade angesichts der Arbeitslosigkeit der wirtschaftliche Aufschwung als das entscheidende Hoffnungselement ins Gewicht fällt. Nach wie vor glaubt die Mehrzahl der Bundesbürger, dass die Konservativen mehr von Wirtschaft verstehen und den Aufschwung besser

in den Griff bekommen als die Sozialdemokraten.

Pannen ohne Folgen

Bei dieser Lage der Dinge nimmt es nicht wunder, dass der Bundeskanzler einen unerschütterlichen und nie versiegenden Optimismus verbreitet, der seine Wirkung auf die Bevölkerung nicht verfehlt, und der höchstens von einer tiefen Verwunderung seitens des Kanzlers ergänzt wird, wenn einzelne Misserfolge und Pannen ihm eine schlechte Presse eintragen. Diese Misshelligkeiten, an denen schon im Vorjahr mehr als zuträglich zu verzeichnen waren (General Kiessling, Flick-Spendenaffäre, Barzel, Buschhaus), gehören in diesem Jahr wiederum zum Teil in die Kategorie von Bonner Lokalpossen (so Strauss'sche Temperamentausbrüche oder der letzten Endes banale Spionagefall Tiedtge); teilweise handelt es sich um grobe und vermeidbare Ungeschicklichkeiten und Unüberlegtheiten, die angesichts der Thematik einen unerquicklich peinlichen Charakter annahmen (Bitburg); andere strittige Fälle (so der sogenannte Streikparagraph 116, letzten Endes auch ein Problem minderen Ranges) wucherten sich unversehens zu ernsten Belastungen des sozialen Klimas der Bundesrepublik empor; wieder andere Vorgänge, wie der Streit um die schliesslich gescheiterte überparteiliche deutschlandpolitische Erklärung sind nur als überflüssig zu bezeichnen; es gab keinen Bedarf dafür, denn die Erklärung war von vornherein nicht operativ gedacht und hätte nichts bewirken können. Bei all diesen Affären macht der Kanzler keine gute Figur. Seine Führungsfähigkeit wird immer wieder in Frage gestellt. Ihm fehlt es an Voraussicht und Koordinationsfähigkeit und insbesondere an überzeugender Autorität, die durch starres, unflexibles Festhalten an der einmal eingenommenen Position nicht vorgetäuscht werden kann. Dennoch bleibt es eine Tatsache, dass Regierung und Koalition auch nach Misserfolgen unbeschädigt dastehen. Das Tief des vorigen Jahres ist überwunden. Es gibt auch nicht einen Hauch von Empörung gegen den Kanzler.

Das liegt nicht zuletzt an der aufbauschenden und grobschlächtigen Behandlung, die diese Vorgänge in den einflussreichen Medien erfahren. Die erste Aussage ist stets die Schuldzuweisung an den Kanzler, die zweite die Übertreibung der Bedeutung und der Folgen der Angelegenheit.

Nehmen wir als Beispiel das Überwechseln des Abteilungsleiters im Verfassungsschutz Tiedtge in die DDR, was den Geheimdiensten gewiss Kopfschmerzen bereitet hat. In der Presse wurde daraus aber eine nicht wieder gutzumachende, die Sicherheit nicht nur der Bundesrepublik, sondern der Nato insgesamt gefährdende Katastrophe. Oder die Auseinandersetzung um den Paragraphen 116, von dem man nach dem Umfang des Presse-Echos annehmen müsste, zumindest das Schicksal der Regierung hänge davon ab oder es drohten in der Bundesrepublik nunmehr «englische Zustände» à la Scargill, wovon keine Rede sein kann. Die Folge ist, dass die Bevölkerung bemerkt, dass das Hauptmerkmal der angeprangerten Skandale darin besteht, dass sie ebenso schnell

vergehen, wie entstehen. Daraus schliesst der Verbraucher, dass es so schlimm nicht stehen kann. Durch diese seltsame Dialektik profitiert der Kanzler von der rüden Art, in der sich die Presse seiner annimmt.

Kohl profitierte auch an dem allgemeinen Klima der Normalität. Die Koordination der Aussenpolitik lässt zu wünschen übrig, aber das wird von den breiten Schichten der Bevölkerung kaum wahrgenommen. Genscher setzt, so weit ihm das möglich ist, die Entspannungspolitik fort, die er in der Ära Schmidt definiert hat; sie entspricht nicht in allem den – allerdings auch in sich divergierenden – Vorstellungen des grösseren Koalitionspartners. Die CSU und die sogenannte Stahlhelm-Fraktion in der CDU haben wenig Sinn für Genschers intensive Bemühungen um die mitteleuropäischen Verbündeten der Sowjetunion und die Staaten der Dritten Welt. In der Abwicklung des Allianz-Vorrangs zwischen den USA und Frankreich, die eben bis auf den Gegensatz zwischen Atlantikern und Gaullisten zur Zeit Aussenminister Schröders zurückgeht, neigt Kohl eher einer engen Anlehnung an Amerika zu, insbesondere in bezug auf SDI; Genscher hingegen will abwarten, während Strauss den Sondierungsauftrag an Wirtschaftsminister Bangemann als zu schwach empfand. Im Verhältnis zu Frankreich ist Genscher ein Anhänger der «Unabhängigkeit Europas», wie Mitterrand sie empfiehlt; aber Kohl lehnt trotz fast einem Dutzend Treffen mit dem Präsidenten und einer exuberant frankophilen Rhetorik effektive Zugeständnisse ab, ob es sich um die Unterzeichnung der Seerechtskonvention, um die Teilnahme am Forschungsprogramm Eureka oder die Raumfähre Hermes handelt.

Kontinuität oder Wende?

Diese beträchtlichen Divergenzen innerhalb der Koalition, die die Regierungspolitik uneinheitlich und schwer übersehbar erscheinen lassen, werden, was insbesondere Strauss dem CDU-Vorsitzenden vorwirft, nicht durch eine Kanzlerentscheidung ausgeräumt, vielmehr folgt die Koalitionsregierung konsequent dem Weg des geringsten Widerstands. Das gilt noch mehr als für die Aussen-, für die Innen-, Rechts- und Gesellschaftspolitik, wo die FDP wieder dank ihrer Mehrheitsbeschaffer-Funktion einen unverhältnismässig starken Einfluss ausübt. Das Kabinett Kohl praktiziert nach dem Urteil mancher Beobachter mehr Kontinuität als Wende.

Das gilt erstaunlicherweise auch, nachdem der Abgeordnete der Grünen, Otto Schily, ein vorzüglicher Jurist mit politischem Spürsinn, 15 Monate nach dem Ereignis, wohlterminiert für die bevorstehenden Landes- und Bundeswahlkämpfe, Strafanzeige gegen den Kanzler gestellt hat. Die vom Generalstaatsanwalt verfügte Eröffnung des Ermittlungsverfahrens gegen einen Bundeskanzler wegen uneidlicher Falschaussage ist ein gravierender Vorgang. Selbstverständlich wird in einem Rechtsstaat von der Unschuldsvermutung ausgegangen. Psychologisch-politisch bedeutet die Anzeige dennoch eine bedrohliche Belastung. Bei Anklageerhebung wäre, wie im Fall Lambsdorff, der Rücktritt unvermeidlich. Da die CDU aber nicht die Genossensolidarität der SPD kennt, würde

der Wechsel als solcher, falls er rechtzeitig erfolgt, die Wahlchancen der CDU angesichts der günstigen Wirtschaftslage nicht ernsthaft gefährden. Denn die Stimmung in der deutschen Öffentlichkeit hat sich trotz der hämmernden Parteinahme der Hamburger Grossmedien *Spiegel* und *Stern* nicht merklich verändert. Keine Grundwelle der Empörung ist bisher spürbar oder vorhersehbar. Die idyllische Atmosphäre von Normalität und Stabilität dauert an. Die immer weitergreifende Spendenaffäre hat immerhin das Image der Politiker in Mitleidenschaft gezogen. Die alten moralischen Vorurteile gegen die Politik finden neue Nahrung. Nach Scheel, bei einer Zeugenaussage vor Gericht, hat jetzt auch Strauss öffentlich bestätigt, dass die Parteien in der Spendenpraxis auf sehr dünnem Eis standen, und *«alle haben es gewusst»*. Kein Parteivorsitzender, kein Kanzler, kein Schatzmeister hat angesichts der leeren Parteikassen und der vom Bundesverfassungsgericht festgelegten Bedeutung der Parteien, die in die Nähe von Staatsorganen gerückt wurden, die Spendenvorgänge je angeprangert. Die deutsche Justiz, deren Verhalten in der Zwischenkriegszeit Anlass zu heftiger Kritik gab, steht im Ruf von Unabhängigkeit und Objektivität.

Das fortdauernde ruhige und zuversichtliche Klima saugt die bestehenden Gegensätze gleichsam auf.

Das begann unmittelbar nach dem konstruktiven Misstrauensvotum im Herbst 1982. Die Regierung übernahm in unangefochtener demokratischer Normalität die Geschäfte. Noch während der Regierungsbildung kündigte der neue Kanzler alsbaldige – vorgezogene – Neuwahlen an. Gegen diese Eigenmächtigkeit (Parlamentsauflösung gehört nicht zu den Prärogativen des Kanzlers) wurden von der Mehrheit der Verfassungsrechtler erhebliche Bedenken angemeldet. Durch die kluge Einbeziehung der Parteivorsitzenden in den Entscheidungsprozess seitens des damaligen Bundespräsidenten Carstens haben sich die konstitutionellen Bedenken nachträglich als demokratische Überempfindlichkeit erwiesen. Die Nation war mit dem neuen Kanzler einverstanden und war einig; sie wollte Wahlen. Der Souverän entschied sich für die Normalität und gegen den Konflikt.

Die Landtagswahlen des Jahres 1985 brachten musterhaft demokratische Ergebnisse, die Wähler antworteten mit ihrer Stimmabgabe verantwortlich, sachbezogen und unideologisch auf die regionalen und lokalen Zustände, prämierten gutes Regieren und verteilten Denkzettel. In allen drei Landtagswahlen sorgten die Wähler im Gegensatz zu den Prognosen, denen zufolge instabile Minderheitsregierungen zu befürchten standen, für klare Ergebnisse und stabile Regierungen.

In dem kleinen, an dem ständig subventionsbedürftigen Stahlkonzern Arbed krankenden Saarland, errang Oskar Lafontaine, ein politisches Naturtalent, mit der riskanten Parole, er werde eine absolute Mehrheit erringen, einen klaren Erfolg. Ein grosser Teil der potentiellen Wähler der Grünen entschied sich für die SPD. Der «Lieblingsenkel» Brandts, der zu den heftigsten innerparteilichen Gegnern Bundeskanzler Schmidts gehörte, muss nach seinem eigenen Eingeständnis in Bonn «sämtliche Krallen einziehen», weil er auf Bonner Unterstützung für den Konzern, von dem indirekt ein Drit-

tel der Bevölkerung lebt, angewiesen ist. Ungeachtet dessen bleibt er innerparteilich ein radikaler Verfechter linker Politik. Bald nach Antritt besuchte er die DDR, beschloss die Errichtung eines eigenen Saar-Büros in Ostberlin, als ob es die ständige Vertretung nicht gebe, und verfocht die Auffassung, die Bundesrepublik solle die DDR-Staatsbürgerschaft anerkennen.

Der Auftrieb, den die SPD-Linke dadurch errang, wurde verstärkt durch die katastrophale Niederlage, die sich der SPD-Rechte Hans Apel, lange Zeit Schmidts Kronprinz, in Berlin zuzog. Eberhard Diepgen, die junge CDU-Generation repräsentierend, gewann nach einem überzeugenden Wahlkampf mit einem durchschlagenden Ergebnis. Damit wurde wieder einmal unter Beweis gestellt, dass es keine uneinnehmbare Bastion gibt.

Anwärter Rau

Die dritte Wahlüberraschung stellte im Frühjahr 1985 die absolute SPD-Mehrheit dar, die Ministerpräsident Rau gewann. Er deklassierte seinen Rivalen Worms, der das schlechteste Ergebnis erreichte, das die CDU je erzielte. Johannes Rau verdiente sich damit die Nominierung zum Kanzler-Kandidaten. Eine andere Wahl liess sich nicht rechtfertigen, so sehr die taktische Erwägung, Rau 1987 eine Niederlage zu ersparen und für ein chancenreicheres 1991 aufzubewahren, einer gewissen Plausibilität nicht entbehrt. Brandt steht nicht zur Verfügung, dem Fraktionsführer Vogel wiederum, einem integren, arbeitssamen und gescheiten, aber glanzlosen Politiker, fehlt es an Popularität. Darauf aber kann der gute Landes-, Haus- und Familienvater Rau verweisen, der sich auch auf den Umgang mit dem einfachen Bürger am Tresen versteht und stets das rechte Wort und einen guten Scherz auf den Lippen hat. Seine programmatischen Äusserungen – Anstand, Versöhnen statt Spalten – bleiben eher diffus und düftig; entschieden ist er jedoch in der bedingungslosen Ablehnung der Grünen als Koalitionspartner. Das sichert ihm Sympathien bis in die Reihen der CDU. Wie er sich freilich in dem unwahrscheinlichen Fall entscheiden würde, dass ihm mit den Grünen die Regierungsmacht zufallen würde, während er sonst in der Opposition bleiben müsste, das wagen seine politischen Gegner nicht vorauszusagen – nachdem Raus hessischer Kollege Börner sich nach der gleichen Versicherung doch umentschieden hat, als es um die Ministerpräsidentschaft ging.

In diesem Jahr stehen erneut drei Landtagswahlen auf dem politischen Kalender (Niedersachsen im Juni, Bayern Oktober, Hamburg Dezember), die für die Bundestagswahlen (Januar 1987) nicht ohne Wirkung bleiben werden. Ministerpräsident Strauss und Bürgermeister von Dohnany sitzen fest im Sattel, Überraschungen sind unwahrscheinlich; der Versuch des jungen sozialdemokratischen Oppositionsführers Schröder, in Hannover gegen Ministerpräsident Albrecht erfolgreich zu sein (er braucht dazu ein Plus von 14 Prozent der Stimmen im Vergleich zu 1982), wird über die gegenwärtigen Kräfteverhältnisse in Land und Bund aussagekräftig sein.

Wie immer die nächsten Landtags- und Bundestagswahlen ausgehen, die demokratische Grundregel der mög-

lichen Machtablösung wird befolgt werden; ebenso wird dem politischen Erfordernis der Stabilität Genüge getan. Die beiden grossen Parteien, Union und Sozialdemokratie, gewährleisten das. Die FDP, die die Wende zur CDU/CSU bewirkte, geriet nach dem Berliner Parteitag von 1982, der eine zahlenmässig und personell unbedeutende, dennoch gefährliche Sezession brachte, in eine Existenzkrise, aus der sie jedoch – unter ihrem neuen Vorsitzenden Bangemann – unerwartet schnell mit neuem Mut emportauchte. Die Krise ist überwunden, nachdem sich auch der linke Parteiflügel innerhalb der neuen Koalition als liberales Gegengewicht bei Formulierung der Gesetzgebung zur Rechts- und Verfassungspolitik, zum Schutz des Individuums vor handfesten Zugriffen des Staates, zur inneren Sicherheit, zum Datenschutz und so weiter erhalten hat. Für Gerhart Baum, Burkhard Hirsch, Hildegard Hamm-Brücher hat sich ihre politisch pragmatische Entscheidung, trotz der von ihnen missbilligten Wende in der Partei zu bleiben, von heute aus beurteilt, zweifellos gelohnt. Die FDP hat ihr politisches Profil beträchtlich verdeutlichen können.

Die vierte Partei im Bundestag schliesslich, die Grünen, die inzwischen eine Regierungsbeteiligung eingegangen sind (Hessen: Rot-Grüne Koalition mit Umweltminister Joschka Fischer) geniessen im Bürgertum noch immer eine gewisse Sympathie, weil sie offen aussprechen, was mancher denkt. In der parlamentarischen Arbeit haben sie ebenfalls eine eher nützliche Rolle gespielt, mögen auch manche extremen Äusserungen kaum Verständnis finden, so, wenn bei Abstimmung über die Verlängerung des Grundwehrdienstes ein grüner Abgeordneter die Abschaffung der Bundeswehr forderte. Massgeblich jedoch für den sich verstärkenden Eindruck, dass die politische Karriere der Grünen sich stark beeinträchtigt ausnimmt, ist ihre Uneinigkeit. Realisten, die in der Auseinandersetzung mit den politischen Kräften der Bundesrepublik auf Reformen drängen, und Radikale, die die Strasse mobilisieren wollen, haben sich auf dem Bundesparteitag in Offenburg im Dezember 1985 als unfähig erwiesen, einen gemeinsamen Nenner als Umweltpartei zu finden, flüchteten sich in einen unergiebigen Aktionismus (Unterbrechung des Parteitages zwecks Teilnahme an einer Grosskundgebung gegen den Bau der Wiederaufbereitungsanlage für Kernbrennstäbe im bayerischen Wackersdorf), verschoben die Grundsatzerklärung, kurz, sie setzten wieder einmal Enthusiasmus und rhetorischen Elan an die Stelle von Kompromissen. Sie stellten ihre Politikunfähigkeit erneut unter Beweis.

Peter Coulmas

Gorbatschows gesammelte Ansprachen

Ende 1985 veröffentlichte Gorbatschow in einem amerikanischen Verlag seine hauptsächlichen Äusserungen zur Aussenpolitik einschliesslich seiner Frankreich-Reise. Vorerst liegt nur eine englische Ausgabe vor.

Inhaltlich fällt eine wichtige Zweiteilung auf. Einerseits wendet er sich an ein kommunistisches Publikum. Diese Äusserungen sind in hohem Masse ideologisch bestimmt. In andern Ansprachen wendet er sich an ein nichtkommunistisches Publikum. Hier fordert er seine Partner dazu auf, Hand zu rein sachlichen Lösungen zu bieten.

Auf den grundlegenden *Gegensatz der Systeme des Kapitalismus und des Sozialismus* weist Gorbatschow hin, wenn er zu Kommunisten spricht. Dabei beruft er sich immer wieder auf *Lenin,* dessen grossartige Lehren auch heute absolut gültig seien.

«Die Aussenpolitik der imperialistischen Reaktion wird beherrscht durch eng egoistische Klasseninteressen (. . .), durch das Streben nach einem Maximum von Profiten, nach Erhaltung einer Gesellschaft der Unterdrückung und Ausbeutung, durch das Streben nach Weltherrschaft (. . .). Lenins Charakterisierung des Imperialismus und seiner bestimmenden Kräfte behält ihre volle Gültigkeit für unsere Zeit.» «Das kapitalistische System leidet unter den Wehen einer tiefen Krise. Dadurch werden Wirtschaft und Politik, materielles und geistiges Leben der bürgerlichen Gesellschaft tief zerrissen.» «Die Widersprüche zwischen Arbeit und Kapital, zwischen Imperialismus und befreiten Staaten werden verschärft.» «Diese inneren Gegensätze entsprechen der Logik der Geschichte»; es zeigt sich, «dass der Kapitalismus keine Zukunft hat.» «Um diesen unerbittlichen Gang der Geschichte (wenigstens) aufzuhalten, ist der Kapitalismus genötigt, sich Masken anzulegen, zu Krieg und Terror zu greifen, zu Fälschungen und Sabotage.»

«Die imperialistische Politik ist untrennbar von ihrer Ideologie!» «Diese wird bestimmt durch die Klasseninteressen der Monopolbourgeoisie, mit ihrer verlogenen Propaganda und ihrer psychologischen Kriegführung. Ihre Vertreter posieren (sogar) als Vorkämpfer der Menschlichkeit und der Menschenrechte und versuchen, der sozialistischen Welt Normen aufzuzwingen, die uns fremd sind und unsere hohen Ideale unterminieren würden.»

Um so strahlender erscheint die kommunistische Welt, die das Gute in der Welt verkörpert. «Unsere sozialistische Methode, die die Interessen der arbeitenden Bevölkerung vertritt, steht im Gegensatz zum Imperialismus. – Wir sind überzeugt, dass der sozialistische Aufstieg und der Übergang zum Sozialismus unaufhaltsam ist und nicht verhindert werden kann.» «Die sozialistischen Länder brauchen keinen Krieg, kein Wettrüsten, keine Verschärfung der Weltlage (. . .). Wir stehen im Gegenteil für Frieden, Détente, universale Sicherheit, faire und gegenseitig nützliche Zusammenarbeit.» «Die Erfahrung unserer (kommunistischen) Partei beweist, wie gross der

Einfluss wahrhaftiger Aussagen und unwiderleglicher Tatsachen ist.» «Die sozialistische Ideologie tritt ein für die wahrhaft humanistischen Ideale des sozialen Fortschritts und der Entwicklung des Individuums. Sie tritt ein für eine Welt ohne Waffen und Krieg, ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Unsere Ideologie betont unsere Ideale der wahrhaften Freiheit und der wahrhaften Demokratie.»

Bei allem Stolz auf das schon Erreichte müssen weitere Fortschritte erzielt werden. «Dabei wissen wir alle, dass ein neues Leben nicht von selbst kommt. Es ist notwendig, ausdauernd und selbstlos dafür zu kämpfen.» Daher der Appell an die neue Generation, die die grossen Fortschritte gelegentlich allzu selbstverständlich hinnimmt. «Sie ist gewohnt, die Wirklichkeit nicht mehr mit der Vergangenheit zu vergleichen, sondern mit den höchsten Kriterien des Sozialismus.» «Eine Hauptaufgabe unserer Zeit besteht daher darin, die Jugend immer wieder ideologisch zu erziehen.» «Die jungen Leute sollen bereit gemacht werden für Arbeit und Verteidigung. Sie müssen ausdauernd in den militärischen Techniken ausgebildet werden. Sie müssen erzogen werden in Liebe zur Armee und zur Bereitschaft zur Pflichterfüllung.»

Die positive Wertung wird auf den Ostblock ausgedehnt. So kam Gorbatschow nach Polen zur Verlängerung der Geltungsdauer des Warschauer Paktes und zitierte auch bei dieser Gelegenheit Lenin, «dass eine Revolution bereit sein müsse, sich selber zu verteidigen». Er fügte hinzu: «Die Geschichte hat noch nie eine Allianz gesehen wie die unsere, deren Beziehungen auf voller Gleichheit und kameradschaftlicher Unterstützung von souveränen Staaten beruhen, auf der Allianz der Völker im wahren Sinne des Wortes.» Entsprechend rühmte er beim Empfang Husaks das Bündnis mit der sozialistischen Tschechoslowakei: «Es ist ein wunderbares Beispiel dafür, wie grosse sozialistische Länder von der Zusammenarbeit und gegenseitigen Unterstützung Gewinn ziehen.»

Der polnische Philosoph *Leszek Kolakowski* fragte nach den Gründen des Erfolgs der Solidaritäts-Bewegung im Aufsatz «Eine Revolution gegen die Lüge». «Das grosse Malaise des kommunistischen Polen . . . ist das Gefühl, nicht bei sich zuhause zu sein oder in einem Hause zu sein, das ein Fremder bewohnt, der die Erlaubnis geben muss, wenn man ins Badezimmer gehen will (. . .). Hinzu kommt, dass der nicht eingeladene Fremde auch noch fordert, man solle ihn lieben wie einen ältern Bruder, und dass er über machtvolle aus Polen bestehende Organe verfügt, die groteske Lobhudeleien veranstalten mittels einer Ideologie, die sich . . . wissenschaftlicher Sozialismus nennt (. . .). Nicht allein die nationale Unterdrückung war unerträglich. Es war vor allem auch die allgegenwärtig erstickende Lüge . . . Das historische Nationalerbe entstellt, falsche Statistiken, die Presse voller Täuschungen, die Sprache verrenkt und verstümmelt im Dienst des offiziellen Betrugs.»

Glauben die kommunistischen Politiker an die Wahrheit ihrer Ideologie? Entscheidend ist, dass sie offiziell an ihr festhalten, die das System legitimiert.

Gorbatschow geht es um eine *Aktivierung der sowjetischen Aussenpoli-*

tik. In seinem Buch können wir folgende Haupttendenzen feststellen: Festigung des kommunistischen Blocks, Ausbau der Beziehungen zur Dritten Welt und intensives Bemühen um Westeuropa.

Die Beziehungen zur Dritten Welt sollen nach Möglichkeit ausgebaut werden. Beim Empfang des vietnamesischen Parteichefs wird die enge Blockzugehörigkeit betont. Beim Bemühen um China steht der Spezialfall zur Diskussion: frühere Blockzugehörigkeit, dann der Bruch, der den Lehren Lenins widerspricht. Gorbatschow bemüht sich um Wiederannäherung, ohne mitzuteilen, zu welchen Konzessionen er eventuell bereit wäre.

Indien wird als führender Vertreter der blockfreien Staaten angesprochen. «Unsere Stellung gegenüber Indien beruht auf dem prinzipiellen und unveränderlichen Eintreten für die Befreiung der Nationen von der imperialistischen Unterdrückung und für soziale Erneuerung.» «Diese Ausrichtung wurde uns durch den grossen Lenin vermacht, und wir sind ihr unverbrüchlich verbunden. Wir haben damit etwas geerbt, was man ohne Übertreibung als einen einzigartigen und unschätzbaren Aktivposten bezeichnen kann.»

Im *Werben Gorbatschows um Westeuropa* geht es um ein anderes Prinzip Lenins, um das Prinzip der «friedlichen Koexistenz» mit Staaten anderer Sozialordnung. Gorbatschow: «Ich glaube, dass es in der gegenwärtigen Situation besonders wichtig ist, die ideologischen Unterschiede *nicht* auf die internationalen Beziehungen auszudehnen.» Gorbatschow erklärt, warum die russische Führung diesen Weg einschlägt: Diese russischen Verhältnisse seien noch mit allerhand Unvollkommenheiten belastet. «Wir sind uns der Unzulänglichkeiten bewusst... Unsere Aufgabe besteht darin, die soziale und wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben.» «Unsere Hauptaufgabe besteht darin, unsere Wirtschaft effizienter und dynamischer zu machen, das Leben des Volkes geistig reicher, blutvoller und sinnvoller zu machen.» «Um das zu erreichen, brauchen wir einen zuverlässigen Frieden, eine ruhige und normale internationale Lage.»

Und damit schlägt er auch den Bogen nach Westeuropa. «Europa ist unsere gemeinsame Heimat, nicht einfach ein ‚Operations-Theater'.» «Was ist europäische Sicherheit?», frägt Gorbatschow in Paris: «Es ist Abwesenheit von Krieg und Kriegsdrohung.» «Wegen seiner geographischen Dichte und der Übersättigung mit Waffen ist Europa wie kein anderer Kontinent in einem bewaffneten Konflikt verwundbar – besonders durch Nuklearwaffen. Das bedeutet, dass die Sicherheit Europas nicht (mehr) durch militärische Mittel gesichert werden kann. Dies ist eine absolut neue Situation und bedeutet ein Abgehen von jahrhundertealten Traditionen, Anschauungen und Verhaltensweisen, und der menschliche Geist braucht noch einige Zeit, um sich anzupassen.» Gorbatschow macht dann Vorschläge für einen Abbau wichtiger Waffen bis zu 50 Prozent und erklärt sich zu separaten Verhandlungen mit Frankreich und auch England bereit.

Gorbatschow tritt für umfassende Zusammenarbeit ein, vor allem auch auf wirtschaftlichem Gebiet. «Das politische Klima in Europa hängt in nicht geringem Mass von der Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwi-

schen Ost und West ab.» So könnte z. B. der Handel mit England um 40 bis 50 Prozent erhöht werden.

Wichtig wäre vor allem auch ein vermehrter wissenschaftlich-technologischer Austausch unter Überwindung der von den Amerikanern durchgesetzten Einschränkungen. «Es ist heute nicht mehr möglich, dass eine Nation oder Gruppen von Nationen ein Monopol von wissenschaftlich-technologischen Errungenschaften besitzt.» «Sicher ist, dass die Sowjetunion ehrlich und konstruktiv zusammenarbeiten wird.»

In seiner Erklärung vor dem französischen Parlament betonte Gorbatschow auch die positive sowjetische Haltung in der Frage der Menschenrechte: «Die Sowjetunion legt grössten Wert auf die Garantie der Menschenrechte. Dafür ist allein nötig, diese Frage von Heuchelei und Spekulation zu befreien und von Versuchen abzusehen, sich in die Angelegenheiten anderer Völker einzumischen.» Gorbatschow rühmt die Détente und den Vertrag von Helsinki.

Vor einem westlichen Publikum sucht Gorbatschow den Eindruck zu erwecken, es handle sich um ein faires Neben- und Miteinander. «Dies ist ein Wille zur Détente, mit dem Aufbau von normalen Beziehungen guter Nachbarschaft und gegenseitiger Zusammenarbeit, ohne Rücksicht auf die sozialen Systeme», heisst es beim Empfang von Willy Brandt.

Vor einem sowjetischen Publikum sagt jedoch Gorbatschow: «Détente ist nicht das letzte Ziel unserer Politik. Sie ist eine unentbehrliche, aber eine vorübergehende Stufe, aus einer Welt voller Waffen zu einem zuverlässigen und umfassenden System der internationalen Sicherheit.» Gorbatschow bekennt sich im neuen Parteiprogramm zum «weltrevolutionären Prozess», bis zum weltweiten Sieg des Kommunismus. Auch Lenin bekannte sich zur zeitweiligen Zusammenarbeit mit kapitalistischen Ländern, aber nur als *Taktik,* verbunden mit dem Willen, sich selber auch in dieser Phase zu stärken und den Gegner zu verunsichern und zu schwächen.

Vor dem französischen Parlament berief sich Gorbatschow auch auf Voltaire: «Voltaire träumte einmal vom Triumph der Vernunft als einer unentbehrlichen Bedingung für ein normales menschliches Leben. Dieser Aufruf durch den grossen Sohn Frankreichs ist heute besonders aktuell, in unserer Zeit, in der Bogen und Schwert durch Nuklearwaffen ersetzt worden sind.» «Wir werden noch genügend Zeit haben, um herauszufinden, welche Ideologie, welche Anschauungen und Gesetze moralischer sind und welche Wirtschaft vernünftiger ist (. . .). Die Geschichte wird genügend Zeit haben für einen friedlichen Wettsteit der Systeme, so dass die Leute in voller Freiheit entscheiden können, welches System sie bevorzugen.»

Vor dem französischen Parlament erklärte Gorbatschow, der Gedanke, dass die Sowjetunion versuche, einen Keil zwischen Westeuropa und die USA zu treiben, sei absurd. Das werde schon dadurch bewiesen, dass die Sowjetunion eine allgemeine Détente anstrebe, mit Einschluss der USA. Doch gibt es kaum eine Äusserung Gorbatschows gegenüber Westeuropäern, in der er nicht Kritik an den USA übt.

In einer Rede vor sowjetischen Hörern sagte Gorbatschow zur Détente: «Das bedeutet nicht, dass wir einfach

zu dem zurückkehren wollen, was in den siebziger Jahren erreicht wurde. Wir müssen unser Ziel viel höher stekken.» So stellt sich also noch die Frage, was die Sowjets unter der *höhern Stufe der Détente* verstehen. Der Historiker Walter Laqueur hat darauf vor einigen Jahren eine Antwort gegeben, die aktuell bleibt. «Diese neue Beziehung (. . .) würde praktisch einem nicht ausdrücklich erklärten Neutralismus entsprechen. Die westeuropäischen Länder würden *nicht* ausdrücklich aufgefordert, die Nato zu verlassen, vorausgesetzt, dass sie die sowjetische Militärüberlegenheit als Dauertatsache anerkennen und keinen Versuch machten, das Gleichgewicht wiederherzustellen. Westeuropa müsste auch die sowjetische Interpretation der Détente als bindend anerkennen. Das würde u. a. bedeuten, dass Ereignisse in Asien, Afrika oder im Mittleren Osten für die Haltung Europas keine Bedeutung hätten. Zusätzlich würde der Handel mit der Sowjetunion ausgebaut, d. h. mehr Anleihen, Kredite und Transfer von Technologie. Schliesslich gäbe es in Westeuropa keine Kritik mehr an wichtigen aussenpolitischen Initiativen der Sowjetunion und keine negativen Kommentare über innere Angelegenheiten der Sowjetunion. Mit andern Worten: europäische Selbstzensur.»

Vor einigen Jahren – in der Blüte der Détente – konnte es scheinen, dass die Sowjetunion ihrem Ziel der Welthegemonie schon recht nahe gekommen war. Die USA waren in inneren Wirren verstrickt und nach aussen hinter ihrem Nachkriegsstand weit zurückgefallen. Die Sowjetunion aber war in dieser Zeit zur vollen Weltmacht aufgestiegen, als Nuklearmacht, vor allem auch als Seemacht, mit einer Flotte, die in alle Weltmeere vorstiess. In der Dritten Welt gewann sie neue Stützpunkte: von Gross-Vietnam über Angola und Äthiopien bis Afghanistan. Mancherorts verbreitete sich das Gefühl, der sowjetische Aufstieg gehe unaufhaltsam weiter.

Dann aber kam *Reagan,* mit dem Hauptziel, Amerika und den Westen von diesem lähmenden Gefühl zu befreien. Er brauchte anfänglich auch einige kräftige Ausdrücke gegenüber dem sowjetischen System. Die Kommunisten gaben sich tief beleidigt, obwohl Reagan – wie Laqueur in einem Zürcher Vortrag sagte – «im Grunde den Sowjets nur in ihrer eigenen Münze heimzahlte».

Wichtiger war, dass Reagan daran ging, das ungünstig gewordene Machtverhältnis zu korrigieren und gar zu planen, durch eine gewaltige wissenschaftlich-technologische Anstrengung die strategische Überlegenheit zurückzugewinnen, die in den siebziger Jahren verlorengegangen war. – Für die Sowjetunion wäre diese Möglichkeit eine ungeheure Herausforderung, da sie beim heutigen Stand ihrer Technologie wohl längere Zeit zurückbleiben würde. Ihre Propaganda wurde sofort auf Höchsttouren gebracht, um mit psychologisch-politischem Druck das Reagan-Unternehmen zu stoppen. Und hier setzte auch der Aktivismus von Gorbatschow ein. Bei dieser Propagandaaktion kam ihm der fundamentale Unterschied der Systeme zugute. Die Sowjetunion bleibt totalitär abgeschlossen, ohne wesentliche Einflussmöglichkeiten der liberalen Welt. Das offene amerikanische System aber erlaubte es Gorbatschow, seine Propaganda mächtig in die amerikanischen Medien hineinzutragen, zunächst

durch das Grossinterview in «*Time Magazine*».

Gorbatschow betonte dort die überragende gemeinsame Verantwortung der Supermächte für den Weltfrieden. Am guten Willen der Sowjetunion könne wahrhaftig nicht gezweifelt werden angesichts all ihrer konstruktiven Vorschläge. Gorbatschow erklärte gegenüber amerikanischen Journalisten, dass er Mühe habe, die ablehnende Haltung der Reagan-Regierung zu verstehen. «Ich kann mir das nur so erklären, dass durch all unsere (guten, konstruktiven) Initiativen das Bild zerstört würde, das man von uns als ‚Herd des Bösen' und Quelle universaler Gefahren gezeichnet hat (. . .). Sodann besteht (bei uns) der Eindruck eines mangelnden Verantwortungsbewusstseins (bei der amerikanischen Regierung), und dies führt uns – offen gesagt – immer wieder zur Frage, ob es überhaupt möglich ist, in einer solchen Atmosphäre normal miteinander zu verkehren und vernünftige Beziehungen aufzubauen.»

Es ging Gorbatschow darum, zu den Amerikanern möglichst in ihrer eigenen Sprache zu reden, um durch die öffentliche Meinung möglichst grossen Druck auf die amerikanische Regierung auszuüben.

Auch die neueste Geschichte hat aber gezeigt, dass die Sowjetunion weiterhin eine expansive Macht ist und jede Gelegenheit nutzt, um ihrem Endziel etwas näher zu kommen. Die Aufgabe der amerikanischen Regierung besteht daher immer wieder darin, die richtige Verbindung von notwendiger Stärke und wünschbarer Zusammenarbeit zu finden.

Jakob Steiger

Literatur:

Mikhail S. Gorbachew: A Time for Peace, New York 1985. Interview in «Time Magazine», September 9, 1985.

Leszek Kolakowski: in «Kontinent», Juli 1983.

Walter Laqueur: America, Europe and the Soviet Union, New Brunswick 1983, in Sammelband «Ost-West-Beziehungen: Analysen und Perspektiven», Zürich 1985.

Zur politischen Entwicklung in der Türkei

Gewisse westeuropäische Politiker im Europa-Rat oder in der EWG weisen immer wieder darauf hin, dass in der Türkei die Militärregierung die Menschenrechte missachte. Dieses Urteil ist jedoch nicht in jeder Hinsicht gerechtfertigt. Man kann die jetzige Regierung nicht als Militärregierung bezeichnen. Drei Jahre nach dem Militärputsch fanden im November 1983 wieder Parlamentswahlen statt. Dabei erhielt – was nicht dem Wunsch der Armee entsprach – die ANAF, die Vaterlandspartei, die meisten Stimmen. Ihr Präsident, Turgut Özal, wurde vom Parlament zum Ministerpräsidenten vorgeschlagen und vom Staatspräsidenten ernannt. Seither besteht die Regierung überwiegend aus zivilen Politikern.

Die Frage betreffend die Beachtung der Menschenrechte in der Türkei wird manchmal im Westen undifferenziert beurteilt. Bei der Mehrheit der seit September 1980 Inhaftierten handelt es sich um Personen, die sich, vielfach mit sowjetischer Unterstützung, als Terroristen betätigt und Blut vergossen haben. Musste ein Alparslan Türkes, der eine dem Nationalsozialismus verwandte Ideologie vertritt und Terroristen heranbildete, nicht verurteilt werden? Er war Oberst in der türkischen Armee und hatte sich am Militärputsch vom 27. Mai 1960 beteiligt. Doch wurde den neuen Machthabern klar, dass es sich bei Türkes um einen extremen Nationalisten handelt. Er wurde nach Indien verbannt, konnte aber bald nach der Türkei zurückkehren. Während der siebziger Jahre gelang es ihm, Anhänger in der Türkei und anderen Ländern, auch in der Schweiz, in der Bundesrepublik Deutschland und in Holland, unter den türkischen Fremdarbeitern zu gewinnen. Schon Ende der siebziger Jahre gab es unter ihnen einige Türkes-Anhänger, die in Winterthur und Aarau Zentren schufen.

Man kann die politischen Verhältnisse in der Türkei seit 1980 nicht mit denjenigen in Chile und im Iran vergleichen, in denen Tausende von Menschen ohne Gerichtsspruch verurteilt wurden und heute noch werden. Die Militärregierung liess die Gerichte unangetastet, hat aber für politisch motivierte Verbrechen Militärgerichte des Ausnahmezustandes errichtet. Vor diesen Sondergerichten wurden ausserdem aktive Extremisten angeklagt.

Anders ist die Lage von Intellektuellen und Künstlern, die sich der jetzigen Regierung gegenüber skeptisch verhalten. Längere Gefängnisstrafen, die eine nicht geringe Anzahl von ihnen trafen, sind auch jetzt noch an der Tagesordnung. Es hatte zur Folge, dass viele Intellektuelle, unter ihnen zahlreiche Hochschullehrer, das Land verlassen; sie haben sich vor allem in der Bundesrepublik Deutschland niedergelassen. Zu diesem Exodus sind insbesondere Hochschullehrer veranlasst worden, weil die Errichtung der Hochschulbildungskommission, abgekürzt Y.Ö.K. genannt, ihre Forschungs- und Lehrfreiheit bedrohte.

Diese Kommission schuf Staatspräsident Kenan Evren kurz nach dem Militärputsch und beauftragte sie mit der Aufgabe, die Universitäten zu verwalten und an ihnen Reformen durchzuführen. Alle Universitäten wurden der in Ankara residierenden Y.Ö.K. direkt unterstellt und somit ihrer Autonomie gänzlich beraubt. Ihsan Dogramac, ein ehemaliger Professor für Pädiatrie, wurde von Kenan Evren zum Präsidenten des Y.Ö.K. ernannt; er hat bei den Hochschulreformen eine entscheidende Rolle gespielt. Im Zuge dieser Reformen wurden Rektoren, zahlreiche Dekane und Mitglieder des Lehrkörpers entlassen. Darunter auch viele, die sozialdemokratisch eingestellt waren; schon wer zur Sozialdemokratie tendierte, galt dieser Zentralverwaltung als gefährlicher Kommunist.

Bei der Mehrheit der Entlassenen handelte es sich aber um Persönlichkeiten, die sich durch ihre Kreativität ausgezeichnet haben. Gerade solche Persönlichkeiten werden von der Y.Ö.K. für gefährlich gehalten, denn das Ziel dieser Kommission scheint es zu sein, dem freien Denken ein Ende zu setzen und dadurch die Mittelmäs-

sigkeit an den Hochschulen zu stabilisieren. Dogramac sieht in der Verwirklichung seines Planes die Wiederherstellung der Ordnung an den Universitäten, die in den Wirbel der politischen Unruhen der siebziger Jahre geraten waren. Es geht der Zentralverwaltung nicht um das Propagieren einer bestimmten Ideologie, sondern um die Ausschaltung der geistigen Freiheit. Die Mitglieder des Y.Ö.K. sind nämlich überzeugt, dass schöpferische Persönlichkeiten in jedem Fall Unruhestifter sind.

Besonders haben die philosophischen Fakultäten unter dieser Hochschulpolitik zu leiden. Die Abschaffung der vier Lehrstühle für Kunstgeschichte an der philosophischen Fakultät der Universität Istanbul ist ein Beispiel für Dogramac's Verachtung der geisteswissenschaftlichen Disziplinen. Die Abneigung gegen selbständiges Denken entspricht offenbar den Vorstellungen des Staatspräsidenten Kenan Evren. Im September 1985 erklärte er anlässlich der Eröffnung der Parlamentssitzung, man rede zuviel über Politik; durch dieses «Geschwätz» könnte die Lage wiederkehren, die vor dem Militärputsch vom 12. September 1980 bestanden habe. Der Präsident ziehe vor, wenn das türkische Volk über die Politik schweige. Die Presse und die Oppositionsparteien reagierten heftig. Die früheren Premierminister Süleyman Demirel und Bülent Ecevit widersprachen öffentlich. Das bewies, dass freie Meinungsäusserung wieder möglich geworden ist.

Trotz der Verbitterung, die die Rede des Staatspräsidenten – und keineswegs nur bei den Intellektuellen – hervorrief, ist den meisten Türken bewusst, dass der Militärputsch eine unvermeidliche Reaktion auf den blinden Terrorismus gewesen war, der die Türkei an den Rand des Bürgerkrieges und ins wirtschaftliche Chaos geführt hatte und 20 Todesopfer täglich forderte. Auch ist den meisten bewusst, dass gegenwärtig eine Demokratie westlichen Musters in der Türkei nicht funktionieren könnte – auch wenn es seit 1983 Schritte auf dem Weg zur Demokratie gegeben hat. Die Wiederzulassung der kommunistischen sowie der nationalistischen Partei wäre gefährlich. Das bestätigt auch der frühere Premierminister Bülent Ecevit, der 1982 mehrere Monate lang inhaftiert war. Er schrieb in der Tageszeitung *«Cumhuryet»*, eine Wiederzulassung der kommunistischen Partei könnte das Land zu noch grösserer Unfreiheit als der gegenwärtigen führen.

Turgut Vogt

Errata

Im Beitrag von *Peter Atteslander* «Pragmatismus der Schweizer Arbeiterbewegung» (März 1986) ist auf Seite 205, Zeile 13, das Wort «Er» zu streichen.

Im Beitrag von *Arnold Hottinger* «Islamische Wandlungen» (März 1986) ist Seite 253, 2. Spalte unten, ein Satz durch Auslassung von «nicht» sinnwidrig geworden. Er muss lauten: «Je weiter man auf der Strasse der vom Zweck geheiligten Mittel voranschreitet, desto wahrscheinlicher wird es, dass das Schari'a-Regime am Schluss *nicht* überlebt.»

Reise», die so naherückt, dass sich nicht ein *«Denken an den Tod»*, sondern ein *«Todesbewusstsein»* entwikkelt, die tägliche Schreibarbeit zur *«Einübung des kommenden unvermeidbaren Endes»* wird. Nicht um eine ars moriendi handelt es sich hierbei, sondern um ein *«zurückgehaltenes Wutgeheul»*. *«... fast muss ich sterben das war mir vorbestimmt, aber ich lehne mich mächtig gegen den Tod auf ...»* Eine der schönsten Stellen: *«beim Verlassen des Grabes einen Augenblick festgehalten, die Dornen des Rosenbaumes auf FEDORS Grab hielten mich einen Augenblick am Mantelsaum fest und zurück, als wollte er mir zurufen BLEIB NOCH EIN WENIG, wie er es zu Lebzeiten oft getan hatte, als ich es eilig hatte fortzukommen.»* Lebendige Nähe stellt sich ein, eine intensive Begegnung fast physischer Art da, wo sie an sich nicht mehr möglich ist – während FEDOR früher ein Wort war, das nichts bezeichnete, wenn man nicht hinzusetzte *«Vater»*.

Noch deutlicher ist in diesem Zusammenhang das *«ich spreche von M. S.»* beispielsweise, jedesmal wenn Friederike Mayröcker von M. S. spricht; eine nachgelieferte Präzisierung, d. h. ein Beziehen der Sätze und Wörter auf ihre Gegenstände, so als sei die Schreibende vollständig versunken in sich selber oder verlorengegangen an einen irgendwo andauernd und traumhaft geführten Diskurs, aus dem sie nur für Sekundenbruchteile auftauchen würde, überrascht von der Präsenz eines Lesers.

Das ist von Anfang an klargestellt: *«Die Lust des Schreibens und die Lust des Gelesenwerdens sind zweierlei und überhaupt nicht deckungsgleich ...»* Zu meinen allerdings, Friederike Mayröcker schreibe gegen den Leser, wäre falsch. Aber so wenig wie die Worteinfallskunst, die Schreibarbeit und das Schreibspiel ein Ziel haben können, so wenig können sie auf einen Leser ausgerichtet sein. Schreiben hat nichts mit Lesbarmachen zu tun. Schreiben ist nichts Sekundäres, Sprache ist Rohstoff, *«Wildwuchs»*, auch er von Knappheit bedroht. Was ihn aber rettet, ist seine Verschwendung: Sprache Sprache produzieren lassen. So gibt es doch eine Hoffnung: aus dem Verbrennen von Sprache fährt das Neue auf, der *«PHÖNIX»*. Es geht diesem der Sprache auf Gedeih und Verderb ausgelieferten Buch um Tod und Leben wie keinem anderen. Sprache ist immer das Letzte, was bleibt – und das Erste, bevor etwas da ist.

Samuel Moser

[1] Friederike Mayröcker: Das Herzzerreissende der Dinge. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1985.

Erratum

Im Beitrag von *Turgut Vogt* «Zur politischen Entwicklung in der Türkei» (April 1986) sind die Sätze, die in der Zeile 9 beginnen, so zu lesen: «Drei Jahre nach dem Militärputsch fanden im November wieder Parlamentswahlen statt. Dabei erhielt die ANAP, die Vaterlandspartei, die meisten Stimmen.»